

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

September 2019

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Weiterbildung ist nachhaltige Gesellschaftspolitik

Uwe Schummer



**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

die Projektgruppe „Weiterbildung“ hat im Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter gemeinsamem Vorsitz von Stephan Albani und mir ein umfassendes Impulspapier erarbeitet. Es soll in den kommenden Wochen zur Diskussion gestellt werden. Für uns ist Bildung mehr als bloße Verwertbarkeit von Wissen. Es geht um den ganzen Menschen und es geht um eine Weltsicht - sogar darüber hinaus. Zur Bildung gehört die Persönlichkeitsbildung, aber auch die Öffnung für Empathie, mit Menschen umgehen können. Es geht um soziale

Kompetenzen und wie ich lerne zu lernen, wohl wissend, dass dieser Prozess niemals beendet sein wird. Humanistische Bildung im Sinne des humboldtschen Bildungsideal: Künstlerische, wissenschaftliche, kosmopolitische und empathische Neugier.

Recht auf Mindestbildung in der Gesellschaft

So wie wir über einen Mindestlohn für geleistete Arbeit sprechen, so sollte es auch ein Recht auf Mindestbildung in der Gesellschaft geben. Ein Recht auf lebensbegleitendes Lernen, um eine möglichst hohe Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. Die Vor-

aussetzung für permanente Weiterbildung ist ein durchlässiges und vernetztes Bildungssystem. Des Weiteren brauchen wir Studien und Berufsinhalte, die neben der Spezialisierung immer auch Grundlagen- und breitgefächerte Berufsbilder sowie Lebenskompetenzen beinhalten. Diese Berufsbilder können im Rahmen einer Stufenausbildung und weiterer Module untergliedert werden. Bildungskonten, die langfristig abgesichert werden und die mobil von Betrieb zu Betrieb mitwandern, sind ein gutes Instrument, um die Sozial- und Betriebspartner an dieser Aufgabe zu beteiligen.

Lernen als ständigen Prozess verstehen

Lernen ist wie Rudern gegen den Strom – wer aufhört, treibt unweigerlich zurück. Nicht nur das intellektuelle Begreifen, sondern auch die Erfassung von Inhalten über praktische Handlungen zeichnet die Duale Berufsausbildung aus. Diesen Wert wollen wir weiterentwickeln und auch stärker als bisher auf Studiengänge übertragen. Gegenstand von Weiterbildung sollten neben der Aneignung von beruflichen Fertigkeiten auch Qualitäten sein, die ermöglichen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Arbeitnehmer und Unternehmer sollten

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Uwe Schummer - Weiterbildung ist nachhaltige Gesellschaftspolitik 1

Qualitätshandwerk stärken 2

Andreas Jung - Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Akzeptanz denken 3

Gerd Müller - Der Grüne Knopf - Sozial. Ökologisch. Staatlich. Unabhängig Zertifiziert 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Newsletter „Arbeitnehmergruppe aktuell“ erscheint regelmäßig monatlich in den Sitzungszeiten des Deutschen Bundestages. Die elektronische Fassung können Sie abonnieren. Bitte senden Sie uns hierzu unter dem Stichwort „Newsletter-Abo“ eine E-Mail an arbeitnehmergruppe@cducsu.de.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantw.)
Mitarbeit: Robert Schwope, Christina Molzahn
E-Mail: arbeitnehmergruppe@cducsu.de
Foto Titel: Jan Kopetzky

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Fortsetzung von Seite 1

über ihren Betrieb hinaus auf das Gemeinwohl blicken.

Je höher die Bildung, umso geringer die Abhängigkeit von den Risiken des Lebens. Dem und der Auszubildenden gebührt die gleiche Aufmerksamkeit wie Studierenden. Es nützt nichts, wenn jeder Einsteins Relativitätstheorie erklären kann, aber niemand mehr den Wagen repariert. Akademische und berufliche Bildung sind gleichwertig.

Deutschland braucht eine neue Kultur der Weiterbildung, in der lebenslanges Lernen für möglichst alle Bevölkerungsgruppen selbstverständlich und als Chance begriffen wird. Das Weiterbildungsangebot muss sich den spezifischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in ihrer jeweiligen Lebenssituation anpassen.

Nötig ist ein transparentes System einheitlicher, zertifizierter und modularer Formate und Abschlüsse.

Auch die Beratung der Menschen muss verbessert werden, um ihnen die richtige Entscheidung für ein Fortbildungsangebot zu erleichtern. Die herausragende Bedeutung von Weiterbildung für die berufliche Zukunft jedes Einzelnen, aber auch für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland muss noch stärker als Querschnittsaufgabe verschiedener Politikbereiche verstanden werden.

Ihr/ Euer



Uwe Schummer

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Qualitätshandwerk stärken!

Die Arbeitnehmergruppe begrüßt Überlegungen einer Koalitionsarbeitsgruppe zur Wiedereinführung der Meisterpflicht für zwölf Handwerksberufe. Die Meisterpflicht steht für Qualitätshandwerk und für eine solide handwerkliche Ausbildung in unserem bewährten dualen Ausbildungssystem. Sie ist praktizierter Verbraucherschutz und leistet einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Folge der im Zuge der rot-grünen Agenda-Politik 2004 umgesetzten Streichung der Meisterpflicht für 53 Handwerksberufe war neben Qualitätsverlusten eine Entwicklung hin zu konzernähnlichen Großbetrieben einerseits und Kleinstbetrieben bis hin zu Soloselbständigen andererseits. Währenddessen wurde der klassische

mittelständische Handwerksbetrieb zurückgedrängt. Die ohnehin bestehende Lohnschere zwischen Handwerk und übriger Wirtschaft ging weiter auseinander.

Wir freuen uns, dass seither zusehends die Erkenntnis gereift ist, dass Deregulierungen kein Allheilmittel sind und der Qualitätsrahmen und zugleich der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen im Handwerk wieder gestärkt werden soll.

Damit das Handwerk als attraktiver Arbeitgeber im Wettbewerb mit der Industrie auf Dauer mithalten kann, wird aber u.a. auch darüber zu reden sein, wie in diesem mehr Raum für sozial-partnerschaftliche Instrumentarien ermöglicht werden kann.

Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Akzeptanz denken

Andreas Jung



Andreas Jung

Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Bild: Otto Kasper Studios

Andreas Jung, gemeinsam mit Georg Nüßlein Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Klimapolitik der Unionsfraktion, beantwortet Fragen zum Klima-Konzept der Union:

1) Was hebt die Klimaschutzpolitik der Union von der anderer Parteien ab?

Klimaschutz ist für uns eine Frage von herausragender Bedeutung. Papst Franziskus spricht dabei von der „Verteidigung der Mutter Erde“. Für uns ist hier entscheidend, konsequenten Klimaschutz immer von vorneherein zusammen mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Akzeptanz zu denken. Das entspricht unserer Vorstellung von Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn. Wir müssen als Industrieland zeigen, dass Klimaschutz, Wohlstand und Mobilität zusammen gehen. Der Schlüssel dazu ist Effizienz, Innovation und Technologie.

2) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um fiskalische Anreize für mehr Klimaschutz zu schaffen?

CO₂ muss zum Maßstab der Abgaben im Energiebereich werden. Dazu haben wir das Gesamtgebäude aus Umlagen, Entgelten und Steuern un-

tersucht und Vorschläge für eine konsequente Umstellung auf Klimaschutzwirkung gemacht. Schon heute bezahlen wir dabei rund 80 Milliarden Euro in diesem Kontext. Das ist sicher nicht zu wenig. Aber zu oft steuern wir falsch. So sollten etwa nicht Ökostrom-Bezieher den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren, sondern CO₂-Verursacher. Mit dem Zertifikatehandel als marktwirtschaftlichem Instrument können wir beim Verkehr und bei den Gebäuden den CO₂-Ausstoß deckeln. Wir brauchen endlich die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung und zusätzlich eine Prämie zum Austausch ineffizienter Heizungen.

3) Wie sieht für Sie eine klimafreundliche Mobilität der Zukunft aus?

Wir brauchen ein Gesamtkonzept mit der Vernetzung aller Verkehrsträger. Wir müssen den ÖPNV massiv ausbauen und die Schiene stärken. Klimafreundliche Züge dürfen nicht stärker belastet werden als der Flugverkehr. Wir werden deshalb die Mehrwertsteuer der Bahn senken und die Ticketabgabe für Flüge erhöhen. Auch die Besteuerung des Pkws sollte auf CO₂ ausgerichtet werden. Wir beginnen dabei mit einer umfassenden Ausrichtung der

Kfz-Steuer am CO₂-Verbrauch. Öko-Autos müssen bei uns gebaut, gefahren und von hier in alle Welt exportiert werden. Und vor Ort braucht es ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen und Tankstellen für alternative Antriebe. Auch das hat die Bundesregierung beschlossen.

4) Wie sorgt das Konzept der Union für soziale Akzeptanz?

Konsequenter Klimaschutz und soziale Akzeptanz sind zwei Seiten einer Medaille. Nur wenn die Klimapolitik von den Menschen breit getragen wird, kann sie langfristig erfolgreich sein. Diese Veränderungen müssen aber gestaltet werden. Deshalb kann nicht alles auf einen Schlag kommen, sondern mit einer Perspektive von zunächst zehn Jahren bis 2030. Diese Zeit muss genutzt werden, um den Menschen Umbau und Umstieg zu klimafreundlichen Technologien tatsächlich zu ermöglichen.

Deshalb setzen wir zunächst auf Förderung und Impulse. Bei einer Bepreisung braucht es soziale Haltelinien und Ausgleich. Die Haltelinien müssen die Preisentwicklung sozial verträglich gestalten. Und Entlastungen müssen zeitlich und im Umfang mit den Schritten einer Bepreisung durch einen verbindlichen Entlastungspfad synchronisiert sein. So sorgen wir dafür, dass Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten bleiben und Mobilität flächendeckend gesichert wird. Trotz des notwendigen Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs ist dabei klar: Auch in Zukunft wird das Auto eine wichtige Rolle spielen.

Deshalb müssen die Autos der Zukunft klimafreundlich sein. Es ist Aufgabe der kommenden Jahre, dafür technologieoffen Fahrzeuge zu entwickeln und auf den Markt zu bringen, die bezahlbar sind. Gleichzeitig muss überall im Land eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. So sorgen wir dafür, dass niemand abgehängt wird.

Der Grüne Knopf - Sozial. Ökologisch. Staatlich. Unabhängig Zertifiziert

Bundesminister Gerd Müller



Dr. Gerd Müller

Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Bild: Michael Gottschalk/photothek.net

Mit dem Grünen Knopf kommt das staatliche Siegel für sozial und ökologisch nachhaltig hergestellte Textilien in die Geschäfte. Mehr als 50 Textil-Unternehmen machen bereits mit. Vom kleinen Ein-Person-Unternehmen, über Mittelständler, anerkannten Nachhaltigkeits-Vorreiter und Outdoor-Marken bis hin zu großen Unternehmen mit mehreren Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie alle zeigen, dass faire Lieferketten auch in einer globalisierten Welt möglich sind.

75 Millionen Menschen arbeiten weltweit in den Textilfabriken, vor allem Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Oftmals unter schwierigsten Bedingungen. In Äthiopien verdienen Näherinnen weniger als 20 Cent die Stunde. Das reicht nicht um Miete, Essen, den Schulbesuch der Kinder oder einen Arzt zu bezahlen. Diese Zustände sind untragbar und wir müssen sie ändern.

Denn eine fürchterliche Katastrophe wie der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza 2013 in Bangladesch darf sich nie wiederholen. Beim bislang schwersten Unglück in der Geschichte der Textilindustrie starben 1.136 Menschen, 2.438 trugen teils schwerste Verletzungen davon. Vielen ist durch diese Tragödie erst bewusst geworden, unter welchen Bedingungen unsere Kleidung hergestellt wird.

Damit sich grundlegend etwas ändert, haben wir 2014 das Textilbündnis gegründet. Mit Erfolg! Die 120 Mitglieder – Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen – setzen jedes Jahr viele konkrete Schritte zur Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen in der Textil-Lieferkette um. Aber noch ist es nicht leicht, nachhaltige Mode in den Geschäften zu erkennen. Das ändern wir jetzt mit dem Grünen Knopf.

Das staatliche Textilsiegel wird gut sichtbar an T-Shirts oder Rucksäcken angebracht. Der Staat legt die Kriterien für den Grünen Knopf fest. Die Einhaltung wird von unabhängigen Prüfstellen kontrolliert. Wenn notwendig, prüfen deren Fachleute auch die Produktionsstätten in Bangladesch. Das schafft Vertrauen für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Insgesamt müssen für den Grünen Knopf 46 anspruchsvolle soziale und ökologische Kriterien erfüllt werden, wie Abwassergrenzwerte, das Verbot gefährlicher Chemikalien, Mindestlöhne und das Kinderarbeitsverbot. Immer wird auch das gesamte Unternehmen geprüft – einzelne Vorzeigeprodukte reichen nicht aus. In dieser Tiefe prüft sonst keiner.

Wir fangen jetzt mit den wichtigsten Arbeitsschritten „Nähen“ und „Färben“ an. Denn hier sind die sozialen und ökologischen Herausforderungen besonders groß. In den kommenden Jahren werden wir den Grünen Knopf auch auf den Baumwollanbau ausweiten. Denn unser Ziel ist der Schutz von Mensch und Umwelt in der gesamten Lieferkette. Auch die Sozial- und Umweltkriterien werden wir kontinuierlich weiterentwickeln. Ein Beirat aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird uns dabei unterstützen. Mit dem Grünen Knopf setzen wir jetzt einen hohen Standard. Und zeigen, dass sozial und ökologisch nachhaltige Lieferketten möglich sind. Das kann niemand mehr in Frage stellen.

Mit der Kaufentscheidung einen eigenen Beitrag für eine gerechtere Globalisierung leisten

Jetzt kommt es auf uns alle an. Mit jeder Kaufentscheidung können wir einen Beitrag leisten: Für eine gerechte Globalisierung, bei der Mensch und Natur nicht für unseren Konsum ausgebeutet werden. Für Menschlichkeit, Humanität und Solidarität. Für die Bewahrung der Schöpfung. Auch die öffentliche Beschaffung kann und muss einen Beitrag leisten.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 insgesamt 50 Prozent der Textilien nach sozialen und ökologischen Kriterien zu beschaffen. Der Bund, aber auch Kommunen, Krankenhäuser, Polizeidienststellen können ab jetzt den Grünen Knopf nutzen, um Arztkittel, Hemden und Bettwaren nachhaltig zu beschaffen. Als globales Siegel, eingetragen beim Deutschen Patent- und Markenamt, erfüllt er die Voraussetzungen dafür.

Auf www.gruener-knopf.de finden sich weitere Informationen und auch die Liste aller Firmen, die zum Auftakt dabei sind.